

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Demokratie stärken - engagierte Menschen schützen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Alle, die sich für unser friedliches Zusammenleben engagieren, genießen unsere Anerkennung und unseren Respekt. Die gesamte zivilgesellschaftliche Mehrheit und auch der Staat stehen hinter diesen Menschen, tragen und schützen sie. Nur so kann Demokratie lebendig sein und funktionieren. Zum Schutz unserer demokratischen Kultur gehört deshalb auch die offene und kritische Auseinandersetzung mit populistischen Äußerungen, mit Hass und Hetze, die das politische Klima zunehmend vergiften, Engagement verhindern und eine vielfältige, respektvolle politische Willensbildung erschweren.
- II. Bedrohungen, Einschüchterungen, Angriffe und Gewalttaten gegen zivilgesellschaftlich und politisch engagierte Menschen sind in unserem demokratischen Rechtsstaat nicht zu akzeptieren. Es ist deshalb die Pflicht des Rechtsstaates, sich gegen jede Form der Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und einer harten Gangart zu stellen.
- III. Opfer von Bedrohung, Einschüchterung und Extremismus müssen sich darauf verlassen können, vom Staat und seinen Sicherheitsorganen geschützt zu werden. Die Politik ist verpflichtet, dies sicherzustellen.
- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, weiterhin
 1. betroffene Personen, soweit geboten, im Rahmen der Ermittlung möglichst frühzeitig über die Gefährdungslage zu informieren, für mögliche Gefahren zu sensibilisieren und hinsichtlich wirksamer Schutzmaßnahmen, wie einer möglichen Auskunftssperre für ihre Meldedaten, zu beraten und wirksam zu unterstützen.
 2. den Verfolgungsdruck gegen extremistische Täter mit hohem Gewaltpotenzial zum Schutze der Bevölkerung auf höchstem Niveau aufrechtzuerhalten. Gewaltbereite extremistische Netzwerke müssen weiterhin genau beobachtet und nach Möglichkeit verboten werden.

3. die zuständigen kommunalen Waffenbehörden anzuhalten, die Kontrolle von Waffenbesitz und die Entwaffnung extremistischer Personen in Mecklenburg-Vorpommern mit Hochdruck fortzusetzen. Gewaltbereite Feinde unserer Demokratie dürfen nicht die Gelegenheit haben, zur Waffe zu greifen. Im länderübergreifenden Verbund müssen Gefährder und Extremisten erkannt und an potenziellen Taten gehindert werden. Offene Haftbefehle müssen noch konsequenter vollstreckt werden. Die Kapazitäten des „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums“ müssen an die Anforderungen angepasst werden.
- V. Der Landtag dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Landesverwaltung für ihren täglichen Einsatz für unser Land. Sie sind ein zentraler Pfeiler für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Der Landtag unterstützt alle Bestrebungen der Landesregierung, die Verfehlungen einzelner Landesbediensteter konsequent zu ahnden und deren erneutes Auftreten zu unterbinden. Beispielhaft ist die unabhängige Untersuchungskommission zu nennen, die aufgrund der Vorfälle beim SEK vom Minister für Inneres und Europa eingesetzt wurde.
- VI. Der Landtag begrüßt in diesem Lichte die Ankündigung der Landesregierung, die Inhalte der Ausbildung von Nachwuchskräften und generell die Weiterbildung in der Polizei nochmal hinsichtlich der Erkenntnisse aus den jüngsten Ermittlungen zu überprüfen. Eine Verstärkung dieser Inhalte macht die Polizei noch aufmerksamer in der Durchsetzung von Recht und Ordnung und zudem widerstandsfähiger gegen extremistische Tendenzen in den eigenen Reihen.
- VII. Die umfassenden und ressortübergreifenden Maßnahmen des Landes im Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“ haben sich bewährt und werden fortgeführt. Die hervorragende Arbeit aller Haupt- und Ehrenamtlichen in diesem Bereich macht unser Bundesland stark, fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bildet ein Bollwerk gegen jegliche demokratiefeindliche Bestrebungen.

Thomas Krüger und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion